

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der künftigen Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 3 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telefon: 18698.
Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer fest 5 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 10/21. Telefon 1721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertage geschlossen.

Tageskalender.

Eine Parteiversammlung des 12. sächsischen Wahlkreises nahm die Leipziger Resolution zur Budgetbewilligung mit allen gegen eine Stimme an.

Jesko v. Puttkamer ist die erbetene Pensionierung unter Befassung von Orden und Titeln bewilligt worden.

Abdul Afis soll bei den letzten Kämpfen einen Sieg errungen haben.

Der heilige russische Synod wandte sich gegen die Beteiligung bei den Feiern zum 80. Geburtstag Tolstois.

Englisch-deutsche Beziehungen.

Leipzig, 5. September.

Aus London schreibt man uns: Der wirtschaftliche und seepolitische Wettbewerb zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich hat trotz aller freundlichen Ministerreden und Monarchenzusammenkünfte keine wesentliche Milderung erfahren. Sowohl auf wirtschaftlichem wie seepolitischem Gebiete rüstet England.

Am 28. August trat das neue englische Patentgesetz in Kraft, das mit dem freihändlerischen Prinzip der Nichteinmischung in Handel und Verkehr bricht, indem es den Patenten ausländischer Fabrikanten nur dann Schutz gewährt, wenn sie in genügendem Maße im Vereinigten Königreich gewerblich ausgebeutet werden. Deutsche Industrielle, die besondere Patente besitzen, werden dadurch gezwungen, Fabriken in England zu bauen und dort ihre Waren herzustellen, anstatt sie, wie früher, nach England aus ihrer Heimat einzuführen. Die Deutschen, die von diesem Gesetz betroffen werden, müssen nunmehr in England Steuern zahlen, Staats- und Gemeindeforderungen tragen, englischen Arbeitern Beschäftigungsgelegenheit geben und im Allgemeinen den englischen Reichtum vermehren helfen. Die Uebertragung deutscher Industrie nach England hat bereits begonnen. Es muß indes gesagt werden, daß England in dieser Beziehung dem deutschen Muster folgte. Das neue englische Patentgesetz ist nach dem deutschen abgefaßt. England beginnt jetzt wirtschaftlich nach dem Grundsatz zu handeln: Wie du mir, so ich dir. Eine folgerichtige Anwendung dieses Grundsatzes führt zum Schutz.

Nicht minder wichtig sind die seepolitischen Maßregeln. In den letzten Wochen scheinen Unterhandlungen zwischen der britischen und deutschen Regierung gepflogen worden

zu sein, die das Ziel hatten, ein Einverständnis über ihr Flottenprogramm zu erreichen. Der Observer gab darüber einige Auskunft. Trotz aller gegenteiligen Nachrichten besteht im englischen Kabinett keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß England zwei Schiffe gegen ein deutsches bauen müsse. Uneinigkeit besteht nur über die Methode der Flüstigmachung der nötigen Geldmittel. Im allgemeinen darf man sagen, daß die Schutzgöller für Artee, die Freihändler für den Frieden sind. Aber im Punkte der Flottenrüstungen sind die Schutzgöller auch in der Lage, die Freihändler daran zu erinnern, daß Cobden, der Apostel des Freihandels, im Jahre 1853 erklärte, er wäre bereit, für eine Flottenausgabe von 100 Millionen Pfund Sterling zu stimmen, wenn Englands Seeherrschaft bedroht werden sollte. Mit dem Hinweis auf Cobden sowie auf die Tatsache der umfassenden deutschen Seerüstungen, die als eine Bedrohung der englischen Seeherrschaft ausgelegt werden, ist es den Schutzgöllern gelungen, die Freihändler für eine große Flotte zu gewinnen. Die englische Regierung, die jetzt freihändlerisch ist, hat ja auch durch den Mund des Premierministers Mr. Asquith vor einiger Zeit der Welt erklären lassen, daß England beim Zweimächte-Standard bleiben müsse. Die Mehrheit der Nation ist ohne Zweifel für diese Politik, so daß ohne die Erklärung Asquiths die Regierung dem Anstrome der Flottenpolitik bald erlegen wäre.

War sich einmal die Regierung über die Notwendigkeit der Flottenrüstungen im Prinzip einig, so ging sie daran, die Finanzfrage zu diskutieren. Und hier begannen die Schwierigkeiten. Der Finanzminister Lloyd George erklärte, er würde in eine schwierige Lage geraten, wenn er sowohl für Flotten- als für Sozialpolitik die Mittel aufbringen müßte; er halte es deshalb für notwendig, sich davon zu überzeugen, ob die deutschen Rüstungen wirklich gefährdend wären. Er machte deshalb den Versuch, ein Einverständnis mit der deutschen Regierung zu erzielen. Der Minister des Aeußern, Sir Eduard Grey, gewährte ihm den nötigen Spielraum. So kam die deutschfreundliche Rede Greys vor Schluß des englischen Parlaments, dann die Monarchenzusammenkunft in Cronberg, wo eine eingehende Aussprache zwischen Wilhelm und Sir Charles Hardinge, dem ständigen Beamten des englischen Ministeriums des Aeußern, stattgefunden haben soll. Der Kaiser wies auf seine Friedensrede hin, die er anlässlich seines Besuchs in England im vorigen Jahre in der Guildhall gehalten hatte und gab nochmals die Erklärung ab, die deutschen Flottenrüstungen seien von rein deutschen Gesichtspunkten unternommen worden und haben nicht die geringsten englandfeindlichen Motive. Im übrigen, was geschehen sei, könne nicht mehr rückgängig

gemacht werden: Das deutsche Flottenprogramm sei bis zum Jahre 1911 festgelegt und daran dürfe nicht gerüttelt werden, ohne das deutsche Ansehen zu schädigen. Die englische Regierung erkannte die Wichtigkeit des letzteren Arguments an, woraus der Schluß gezogen wurde, daß erst nach dem Jahre 1911 die Unterhandlungen über ein Einverständnis mit Deutschland wieder aufgenommen werden könnten. Bis dahin wird also vorerst weiter gerüstet. Woher aber das Geld nehmen, ohne den Etat aus dem Gleichgewichte zu bringen? Dann muß man bedenken, daß die fetten Jahre vorbei sind, in denen England auf Etatsüberschüsse rechnen durfte. Wir befinden uns hier in einer schweren Wirtschaftskrise. So zum Beispiel betrug die Arbeitslosigkeit im Juli d. J. 8,2 Prozent gegen 3,2 Prozent im Juli 1907! Die Regierung kam schließlich zur Ueberzeugung, daß es das Beste wäre, eine K n e i e aufzunehmen, um das Flottenprogramm: zwei englische Dreadnoughts und Indomitables gegen ein deutsches, ausführen zu können.

Das Ergebnis der englisch-deutschen Unterhandlungen ist also folgendes:

1. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß alle Unterhandlungen mit Deutschland über ein Flotteneinverständnis bis Ende des Jahres 1911 aussichtslos sind;
 2. England führt daher sein Programm von 2 gegen 1 auf vier weitere Jahre durch;
 3. Dieses Programm muß den Bau von 30 verbesserten Dreadnoughts und Indomitables vorsehen, von denen jedes etwa 10 Millionen Mark kosten würde;
 4. Es ist deshalb eine einmalige Ausgabe von 1 Milliarden Mark nötig, die durch eine Anleihe aufzubringen ist, um den Etat intakt zu lassen.
- Das Ergebnis der englisch-deutschen Unterhandlungen ist also nur für die Schiffbauer und Kanonenfabrikanten erbaulich. Nur soviel ergaben sie, daß man nunmehr im englischen Parlamente und in der englischen Presse wenig von Deutschland sprechen wird. Das Motto ist: *W a u e n u n d n i c h t p l a u d e r n!* Hauptsächlich werden Kreuzer vom Typ Indomitable gebaut werden, da sie infolge ihrer Schnelligkeit und Stärke dazu bestimmt sind, die feindliche Flotte den englischen Dreadnoughts vor den Rachen zu treiben.

Friedliche Kolonialpolitik.

Der Kampf, den wir überall gegen die Grausamkeiten der Kolonialpolitik zu führen haben, bewirkt leicht, daß man an dieser äußeren Form haften bleibt und darüber das Schreckliche, das im Wesen der Kolonialpolitik überhaupt liegt, nicht sieht. Die Empörung über das Händchen im Kongostaat, über die Ausrottung der Hereros

Seuilleton.

Der Einzige und seine Liebe.

Von Limm Kröger.

7) (Nachdruck verboten.)

XII.

Der zweite und letzte Termin.

Um dieselbe Zeit, als Garder Riders sich beim Kastellan des Zuchthauses meldete, sprach ein halb städtisch, halb bäurisch gekleideter, selbstbewußt tuender Mann auf der Bank vor. Das war Jochen Niese. Er wurde seiner Bedeutung und seinem Vermögen entsprechend empfangen und behandelt und in das Direktionszimmer genötigt.

Der fällige Wechsel von Riders sei doch eingelöst? warf er so hin.

„Selbstverständlich! Sie haben ja prolongiert,“ lautete die Antwort. Man legte ihm das von Garder abgegebene Papier vor.

Mit lächelnder krauser Lippe und mit krausem Sinn prüfte der große Jochen Meister Riders Kunst. Sein Gesicht fiel auf.

„Mit dem Wechsel ist es doch in Ordnung?“ „Darüber möchte ich mir eine Erklärung vorbehalten,“ war die reservierte Antwort.

„Späß!“ lachte der Direktor. „Der alte ehrliche Garder!“

„So denke ich auch“ — antwortete der Diplomat. „Die Sache wird gewiß in Ordnung kommen.“

Jochen hatte mit der Handlung Paap u. Co. ein gutes Geschäft geschlossen, er hatte im Adler gegessen, er hatte eine gute Zigarre geraucht, er hatte eine Flasche Wein getrunken, der Fuchs vor seinem Einspärrer war mutig und aut eingefahren. Als er, nach Hause zurückkehrend,

durch die Königstraße knatterte, grüßte man rechts und links — Jochen Niese war ausgezeichnete Laune.

Eben hatte er das Stadttor hinter sich, da holte er den mühsam daherstiefelnden Garder ein.

„Golla!“ rief er. „Golla, Meister Riders.“

Er pfiff und zog die Bügel an, steckte den Reitschienstiel ins Futteral. Der Fuchs stand wie ein Baum.

„Garder,“ wiederholte er. „Bisßen mitfahren?“ Er lachte dabei aus voller Kehle.

Garder stand still, ohne sich zu wundern, wie der Unglücksnachbar so plötzlich daherkomme. Er wunderte sich über nichts mehr. — Mitfahren wollte er nicht. Er dankte.

Jochen lachte noch immer, lachte ihm voll ins Gesicht. „Was lachst du?“ fragte Garder. Es war ihm wirklich unbegreiflich, wie heute jemand lachen könne.

„Ich bin vergnügt, Meister. Soll ich da nicht lachen? War nur, Nachbar. Morgen sollst du auch lachen. Morgen wollen wir alle lachen. Morgen.“

„Gutwohl, morgen! Gestern habt ihr mich im Stich gelassen, morgen werdet ihr das nicht tun. Es ist der zweite Termin, einen dritten gebe ich nicht.“

Er zog seine Uhr. „Es ist fünf Minuten nach vier. Morgen um diese Stunde, also vier Uhr, wünsche ich euch zu sehen. Meine Bedingungen sind die alten. Du brauchst nichts zu sagen, Garder. Ich weiß, daß ihr kommt — du und deine Fräulein Tochter — die — — na die —“

Er schüttelte heftig den Kopf, als wenn er den Namen suchte und nicht finde.

„Nun, wie heißt sie doch gleich?“ „Katrien heißt sie,“ antwortete Meister Riders demütig.

Jochen Niese mit dem feinen Ohrgefühl lachte wieder. „Das ist ja auch wahr. Wie konnte ich das vergessen! Darüber erzürnten wir uns ja gerade. Linschen darf ich nicht sagen — Katrien Riders ist mein Name.“

Er ahmte des Mädchens Stimme nach und drach wieder in schallendes Lachen aus.

„Daß nicht!“ bat der Alte. Es ging ihm wirklich durch Mark und Bein.

„Kannst du mein Lachen nicht leiden, Schwiegervater? Dann laß ich es selbstverständlich.“

Er lachte nicht mehr, um so listiger verzog er den Mund.

„Was tut man nicht dem Vater seiner Braut zuliebe! Wir wollen nicht mehr davon reden, es gibt ja noch mehr, was interessiert. Zum Beispiel, Garder, warst — auf der Bank?“

Garder wurde kaum noch rot. Jochen lachte natürlich alles, es kam nichts mehr unerwartet.

„Ich war da,“ gestand er.

„Das sind ich nett, Garder! Ich sprach übrigens auch mal vor und freute mich, wie du schreiben kannst, Meister.“

„Ich weiß, Jochen. Ich bitt dich, schweig davon!“

„Du bist ein wunderlicher Heiliger, Nachbar. Nur kannst auch das nicht vertragen? Lachen soll ich nicht, von der Bank und von Wechseln willst du nicht hören? Was soll man denn eigentlich mit dir reden? Na, wollens versuchen. Warst bei Peter Rank?“

Der Sprecher bog sich zu Garder hinüber, so weit es ging.

„Hast du ihn besucht?“ fragte er schmierig. „Ja,“ antwortete Garder. Ihm war jetzt alles einerlei.

„Sehr vernünftig! Man kann nicht wissen, wo man noch mal sein Brot isst. Wenn mans kennt, so gewöhnt man sich um so eher. Wie gehts denn dem ehrlichen Peter?“

Garder schwieg. „Hat dir natürlich erzählt, daß Hans Goller der Schuldiene ist. Er hatte ja versprochen, ihm mit Bürgschaft zu dienen. Aber das Gerücht hat gesagt, daß seien Redensarten, das sei kein Versprechen, kein bestimmtes Versprechen, das allein vor dem Gesetz binde. Und selbst, wenn auch alles so wäre, haben sie gesagt, Fälschung bleibe Fälschung und werde mit Zuchthaus bestraft. Nicht

in Südwest, hat schon manchen Genossen zu der Idee einer friedlichen, humanen, voll solchen Blutkaten nicht befechteten Kolonialpolitik kommen lassen, die wir gutheißen könnten. Daher mag eine Betrachtung der friedlichen Kolonialpolitik angebracht erscheinen, die die Engländer in Ostafrika in Anwendung bringen. Nach diesem Typus wird überall verfahren, wo man nicht sofort mit Soldaten drauflos schlägt.

Ueber das Land weit zerstreut wohnen die Negerstämme, die von Ackerbau, Jagd und Viehzucht leben. Sie sind noch sehr primitive Menschen; Kleider kennen sie nicht, und sich den Körper bedecken gilt bei vielen Stämmen als unanständig. Der Einzelne lebt ganz in seinem Stammverband; der Stamm ist seine Familie, sein Staat, sein Schutz, gleichsam ein fester Körper, von dem er nur ein Glied ist. Privates Grundeigentum kennt er nicht; jeder findet seinen Acker und seinen sonstigen Lebensunterhalt innerhalb des Gebietes, das der Stamm bewohnt.

Diese Menschen haben nichts davon gehört, als die englische und die deutsche Regierung Ostafrika unter sich teilten; ihre Zustimmung wurde bekanntlich nicht eingeholt. Und als irgend ein paar Weiße mit der Mitteilung zu ihnen kamen, daß sie jetzt unter der Oberhoheit des Königs von England ständen, werden sie kaum verstanden haben, was das bedeutete. Die neuen Herrscher bestimmten, daß weiterhin europäisches Recht für das Land gelten sollte; und das bekamen die Eingeborenen bald schlimmer zu spüren.

Um die Dörfer herum liegt massenhaft unbebautes Land, und der Europäer, der es nicht eingezäunt findet, sagt: es ist herrenlos. Das europäische Recht kennt nur Privateigentum und kein Gemeineigentum, nur Einzelpersonen und keinen Stamm, auch keinen Stammesbesitz. In dem Stamm sieht der Europäer nur den kleinen Staat; an die Stelle dieser Staatchen ist aber der große Staat England getreten. Das unbebaute Land ist Stammes- also Staatseigentum; der Staat, also jetzt die englische Kolonialverwaltung, kann es denjenigen verkaufen, die hier einen neuen Wohnsitz oder eine Plantagenwirtschaft gründen wollen. So wird durch eine Rechtsfiktion der Stamm von seinem Grund und Boden, deren Naturprodukte einen bedeutenden Teil zu seinem Lebensunterhalt beitragen, beraubt. Weiße Ansiedler setzen sich auf dem von ihnen erworbenen Boden fest. Der Neger begreift nichts davon — dafür ist er ja ein ungebildeter Wilder — aber er hat vorerst noch Land. Vielleicht kommt es zu Streitereien und dann zieht er den Kürzeren; vielleicht auch schießt er sich und sieht sich allmählich immer mehr in seinem Gebiet und in seiner Bewegungsfreiheit eingeeignet.

Damit ist sein weiser Nachbar nicht zufrieden. Wofür ist er hergezogen? Wohl um in einem besseren Wohnsitz, inmitten des herrlichen tropischen Ueberflusses sein weiteres Leben zu verbringen? Nein, er will möglichst bald nach der Heimat zurück, und er ist nur hierhergekommen, um das Geld zu verdienen, das in Europa die Bedingung des Wohllebens bildet. Er kommt nicht selbst sein Gärtlein zu bebauen, sondern um Neger auf seiner Plantage arbeiten und Kaffee oder andere Produkte für den europäischen Markt produzieren zu lassen.

Er tadelt seine schwarzen Nachbarn ein, gegen Lohn bei ihm zu arbeiten. Er bietet Geld. Aber keiner kommt. Selbstverständlich nicht; denn was soll der primitive Ackerbauer mit Geld? Sein Acker gibt ihm seinen Lebensunterhalt; und wäre ihm auch fast alles Land abgenommen, in diesem sippigen Klima macht die Natur alle Verarmungsversuche zunichte. Der weiße Pflanzler lernt hier die Grundaussage des Kapitalismus verstehen, daß die Arbeitskraft zuerst eine für Geld käufliche Ware, der einzige Besitz eines bestglotzen Proletariats sein muß, bevor die Ausbeutung möglich ist.

In dieser Not helfen ihm seine Freunde, Kirche und Staat. Der Staat legt den Eingeborenen eine Stüttensteuer auf. Den Schutz, den England ihnen bietet, brauchen sie doch nicht umsonst zu haben. Es ist doch wohl etwas wert, unter europäischer Kolonialverwaltung zu leben! Steuern bringen immer und überall die Bauern in die Abhängigkeit der Kapitalisten. Die Geldsteuer zwingt auch die Neger gegen Lohn für die Weißen zu arbeiten.

In anderer Weise wirken die Missionäre an demselben läßlichen Ziel mit. Sie bringen, wenn sie wenigstens die

richtigen, praktischen Leute sind, den Heiden nicht nur das Bibelwort, sondern auch Kultur, d. h. europäische Gewohnheiten; vor allem lehren sie die Neger, daß Nacktheit „unanständig“ und „sündig“ ist, und bei der Taufe erhält jeder Täufling ein farbiges baumwollenes, in Manchester fabriziertes Kleid. So wird der Neger zum Kunden der englischen Baumwollfabriken erzogen; kein Wunder, daß die Baumwollfabrikanten die eifrigsten finanziellen Unterstützer der Missionsgesellschaften sind. Hat der Neger sich diese Kleidung angewöhnt und geht er als „gestitteter Mensch“ umher, so braucht er auch wieder mehr Geld, und hat er mehr Anlaß, seine Arbeitskraft zu verkaufen.

Allerdings, zur Zufriedenheit der Pflanzler geht es noch nicht. Der Neger lernt hier eine ganz andere Art Arbeit kennen, als seine bisherige Arbeit für den eigenen Lebensunterhalt. Seine lebensfrohe Natur hält es bei dem Schuften nicht aus, die Sehnsucht nach seiner alten Freiheit packt ihn mit unwiderstehlicher Gewalt und auf einmal verduftet er. Die Pflanzler schimpfen immerfort über die „Faulei“ der Neger, die den Segen der Arbeit gar nicht verstehen wollen, und sie fordern den Staat zu energischem Eingreifen auf.

Im Laufe der Entwicklung wird jedoch dieser bedauerliche Mangel an Kultur bei den Eingeborenen von selbst immer geringer. Ihr Land wird immer weniger; wer auf seinem alten Gebiet umherstreift, wird von der Polizei festgenommen und bestraft, weil er auf fremdem Boden geht. Sie werden durch die europäischen Waren dahin gezogen, daß sie immer mehr das Bedürfnis danach empfinden; sie werden immer fester in den Kreis der Warenproduktion hineingezogen und brauchen immer mehr Geld. Einige verdienen es als Kleinbauern durch den Verkauf ihrer Produkte, andere als Lohnarbeiter auf den Plantagen, die nichts als ihre Arbeitskraft zum Verkaufen haben. Damit haben sie sich dann glückselig die Zivilisation angeeignet, die wir ihnen bringen können, haben sie unsere Kulturstufe erklommen. Das ist das notwendige Resultat, so lange alles friedlich verläuft.

Aber als Negel verläuft die Sache selbstverständlich nicht friedlich. Durch Aufrüstung und Krieg finden die beraubten und verelendeten Eingeborenen ihre alte Freiheit wieder zu gewinnen, und dabei werden sie dann ausgerottet, oder, noch schlimmer, unterjocht. Der Mord liegt in dem Raub, die blutige Kolonialpolitik liegt in der friedlichen immer schon im Reime enthalten.

Sozialdemokratischer Verein für den 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt).

Der Sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis hielt am Freitag, den 4. September, eine Mitgliederversammlung im Volkshaus ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Landeskonferenz in Plauen; 2. Die Aufgaben des Münchener Parteitag; 3. Wahl eines Delegierten zum Parteitag; 4. Mitteilungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der 2. Vorsitzende, Genosse Meusch, zu den Vorgängen in der Vereinsversammlung vom 25. August folgende Erklärung ab: Der Vorstand hat sich mit der in der letzten Versammlung vorgebrachten Angelegenheit der Delegation beschäftigt und erklärt, in Zukunft dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß in der Parteiversammlung Erörterung gewahrt werden. Mit dieser Erklärung erklärte die Versammlung die Angelegenheit für erledigt.

Ueber die Landeskonferenz in Plauen referierte Genosse Meyer: Es erschien fast unbillig, einen besonderen Bericht zu geben, da der Bericht über die Konferenz wie auch der Bericht des Zentralkomitees in der Zeitung sehr ausführlich war. Es handelte sich lediglich um die Vespprechung einiger angenommenen Entwürfe, namentlich in bezug auf die Organisation. Seit Jahren sei Leipzig der Meinung gewesen, daß die Zuteilung der Kreise zu den einzelnen Agitationskomitees und die Beschaffenheit der Parteipresse in organisatorischer Hinsicht nicht zweckentsprechend und im Parteinteresse liegend sei. Die Entwürfe, die Leipzig bisher in dieser Richtung gestellt, seien stets abgelehnt worden. Diesmal aber hätte man ein Kompromiß geschlossen, das im Grunde dem Leipziger Antrag entspreche. Der Referent verbreitete sich über die organisatorischen, die finanziellen und Presseverhältnisse in den einzelnen Kreisen und kommt zu dem Schluß, daß eine Neuerteilung der Agitationsbezirke und der Verbreitungsbezirke der Presse im Interesse der Parteibewegung notwendig sei. Dabei streifte er das Verhalten eines Teils der sächsischen Parteipresse in der Frage der Budgetbewilligung, namentlich das der Chemnitzer Volksstimme, die die Genossen ihres Bezirkes von den Vorgängen entweder völlig einseitig, oder überhaupt nicht berichte. Zudem lasse ein Teil unserer sächsischen Presse die Plethore der in unserer Auffassung und die Propagierung unserer Ideen vermischen. Auch in der Durchführung von Konferenzbeschlüssen hätten manche Kreise und Bezirke eine Laune, um nicht zu sagen Disziplinlosigkeit gezeigt, die entschieden bekämpft werden müsse; so z. B. bei der Durchführung des Einzelwochenbeitrags von 10 Pf. Das alles sei zu mäßigen und auf Besserung hinzuwirken. Das Gesamtergebnis der Plauer Konferenz sei aber als erfreulich zu bezeichnen. Würden die dort gefaßten Beschlüsse strikt durchgeführt, so hätte die Konferenz Arbeit geleistet, die die Partei ein tüchtig Stück vorwärts bringen werde.

Eine kurze Diskussion entspann sich über die auf der Konferenz geübte Kritik an der Lipinischen Wochenschrift über das Vereinsgesetz.

Sodann referierte über die Aufgaben des Münchener Parteitags der

Genosse Lipinski: Die Kreisversammlung habe sich schon einmal mit dem Parteitag beschäftigt, als sie den Antrag an den Parteitag annahm: Der Parteivorstand möge bei wichtigen Anlässen die Bezirkskomitees zusammenberufen. Daß die Fälligkeit der Parteiorganisation mit dem Parteivorstand nicht so sei, wie es im Interesse der Partei notwendig ist, habe sich bei mehreren Anlässen gezeigt, so beim Abkommen über die Maifester, der Jugendorganisation, der Frauenbewegung usw. Dem sollte der Antrag abhelfen.

Der Redner geht sodann auf die Frage der Budgetbewilligung ein. Er schildert die politischen Verhältnisse Deutschlands und charakterisiert das Wesen des Staats als Massenstaat. Bewillige man diesem Massenstaat die Mittel, so stelle man ihm ein Vertrauensvotum aus und billige seine gesetzgebenden, seine Verwaltungsmahregeln usw. gegen das Proletariat. Die Budgetbewilligung könne keine Frage der Politik, sondern nur eine Frage des Prinzips sein. Das gehe auch deutlich aus der Münchener Resolution und namentlich aus ihrer Begründung hervor. Bewillige man das Budget, so gleiche man auf der höchsten Ebene des bürgerlichen Ansehens hinab. Bürgerliche Parteien benutzen die Mandate, um Geschäfte zu machen, deshalb der ständige Kaufhandel; für unsre Vertreter dürften solche Geschäftspunkte nicht maßgebend sein. Der Entwurf der Subventionen auf die Schulen, die ja auch für den Staat

gestimmt hätten, sei hinfällig, da ja die Subventionen mit Ablicht und Bewußtsein dafür gestimmt hätten, die Sachsen aber nicht. Auch treffe nicht zu, daß in Süddeutschland andre Verhältnisse maßgebend seien. Die Ausbeutung der Arbeiterkraft sei überall dieselbe. Er empfahle deshalb folgende Resolution, die auch schon vom 13. Kreise angenommen worden ist, anzunehmen:

„Die Versammlung erkläre in der Budgetbewilligung durch die bayerische und bairische Landtagsfraktion nicht nur einen groben Verstoß gegen den Sinn der Münchener Resolution, sondern auch einen Ausbruch kleinbürgerlicher Politik, die sich angestillet bemüht, die Klasse, die das revolutionäre Proletariat von den herrschenden Klassen trennt, durch Konzessionen und Annäherungsversuche zu überbrücken. Die Weigerung des bayerischen Landesvorstands, dem deutschen Parteivorstand auf seine im Parteinteresse gestellte Anfrage eine Antwort zu geben, verurteilt die Versammlung als einen Verstoß, die organisatorische Einheit der Partei zu sprengen und die geschlossene Gesamtpartei dem Partikularismus zu opfern.“

Im in Zukunft Budgetbewilligungen von vornherein unmöglich zu machen, erzieht die Versammlung den Münchener Parteitag, den Schlußsatz der Münchener Resolution zu streichen.“

Eine andre wichtige Frage sei die Maifester. Das Abkommen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission, wonach die Maifester am 1. Mai vor, aber unter Beobachtung von Regeln, die die Arbeitsruhe unmöglich machen, als 1890 auf dem Pariser Kongress zum erstenmal ein erschöpfendes sozialpolitisches Programm aufgestellt worden sei, habe man zu dessen Propaganda und zu seiner Durchführung die Maifester beschlossen. Für deren Durchführung hätten sich allerdings bei den Gewerkschaften, namentlich infolge des Abschlusses von Tarifverträgen, Schwierigkeiten herausgestellt. Die Voraussetzung, die zu dem Beschluß der Maifester führte, nämlich die traurigen sozialen Zustände, beständen aber noch heute, deshalb sei die internationale Propaganda für die auf dem Kongress aufgestellte Forderung auch durch die internationale Maifester notwendig. Das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission diene aber dazu, die Arbeitsruhe unmöglich zu machen.

Zur Frage der Jugendorganisation müsse er bemerken, daß die süddeutsche Jugend da die Platte zu schnell ins Horn geworfen und daß der Parteivorstand und die Generalkommission dabei geholfen hätten. Von einer völlig selbständigen Jugendorganisation solle natürlich keine Rede sein, sie müßten von Partei und Gewerkschaften geleitet werden. Eine solche Selbständigkeit wünsche die Jugend auch nur. Partei und Gewerkschaften müßten gemeinsam die Erziehung der Jugendlichen betreiben, um sie zu proletarischen Klassenkämpfern heranzuziehen, wie das in Leipzig geschehe. Er empfahle nachstehende, ebenfalls schon vom 13. Kreise angenommene Resolution:

„Zum Zwecke der Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung sind allerorts Jugendbildungsvereine ohne Trennung nach Berufen zu gründen. — Die Jugend ist im weitesten Maße zur Mitarbeit an der Verwaltung und zum Ausbau der Vereine heranzuziehen. — Die politischen Organisationen sind verpflichtet, im Einverständnis mit den Gewerkschaften die Bestrebungen der Jugendvereine durch finanzielle Unterstützung und tätige Mithilfe zu fördern. Zu diesem Zweck sind die Jugendorganisationen an besondere, von erfahrenen Gewerkschafts- und Parteigenossen gebildete Kommissionen, Bildungsausschüsse usw. anzuschließen, in denen sie durch Delegierte zu vertreten sind. Der Zentralbildungsausschuß der Partei hat die Jugendbildungsbestrebungen durch geeignete Maßregeln zu fördern. Die Herausgabe einer Jugendzeitung für alle Jugendvereinigungen unter Wegfall der bisher erscheinenden Jugendzeitungen ist vom Parteivorstand in die Wege zu leiten.“

Genosse Staubinger bemerkt zur Budgetfrage, es sei in der Diskussion hierüber von beiden Seiten über das Ziel hinausgeschossen worden, vor allem aber von den Bayern, namentlich den allmählichen, die dadurch ihrer Sache sehr geschadet. Er (Staubinger) als Naturbayer stehe in einem Gegensatz zu den importierten Bayern. (Gelächter.) Warum aber hätten die Süddeutschen für das Budget gestimmt? Man müsse ihre Gründe hören; er verurteile sie nicht in Grund und Boden. Es sei falsch, zu sagen, die Budgetbewilligung der Süddeutschen gleiche der Wochenschrift im Reichstage. Man habe diesmal, ohne sich mit dem Zentrum zu verbünden, aus

taftischen Gründen für das Budget gestimmt. Die Bayern hätten ja auch den Kampf ums Wahlrecht mit dem Zentrum zusammen geführt, und neue Mandate erungen. Sie hätten für das Budget gestimmt, um sich die Agitation auf dem Lande zu erleichtern. Der Etat habe Positionen gehabt, für die die Bayern stimmen mußten, da sei es ihnen doch schwer geworden, den Gesamtetat abzulehnen. Diese

demonstrative Tat der Budgetbewilligung hätte nach außen hin als eine größere Tat gewirkt, als wenn sie das Budget abgelehnt hätten. Der Redner verliest die Segensprüche. Aus ihr spreche eben der Praktiker, der gebrauche keine radikalen Phrasen. Einget selbst hätte in Münchener gesagt, die Frage, wer über die Abweisung oder die Bewilligung des Budgets zu entscheiden habe, sei Sache der Landtagsfraktionen. Man solle also den Bayern keinen Vorwurf machen. Die Stellung der Parteipresse sei nicht begrifflich, man schreie: Kreuziget sie! Er aber könne kein Kapital verdrängen in der Bewilligung des Budgets erblicken. Der Redner bittet sodann die Delegierten, dem Antrag, die Agrarfrage auf die Tagesordnung zu setzen, zustimmen zu wollen, denn es sei notwendig, sich über die Agitation auf dem Lande Klar zu werden. In der Agrarfrage liege die Schwäche des Parteiprogramms und die Parteipresse leiste für die Agitation auf dem Lande nicht das, was sie nach seiner Meinung leisten müßte. Die konservative und Bauernbundpresse stehe den Landwirten mit Rat und Tat zur Seite, bringe Artikel über Bodenkultur usw. Deshalb hänge auch die Bauernschaft an dieser Presse. Zur Maifester müsse er bemerken, daß die Gewerkschaften zu ihrer Stellung gezwungen seien durch die Tarifabschlüsse. Der Cohen's Neuerung über die Maifester in Hamburg gehört, hätte sich nicht des Eindrucks verschließen können, daß Cohen aus Erfahrung spreche. Die Maifester habe tatsächlich der Berliner Organisation der Metallarbeiter schweren Schaden zugefügt und einen Spalt in die Arbeiter-schaft getrieben. Wenn zu gegebener Zeit und zu einem bestimmten Zweck die Arbeiter-schaft zu einer demonstrativen Arbeitsruhe aufgerufen werde, würde sie gewiß ihren Mann stellen. Die Gewerkschaften hätten gewaltige Erfolge erzielt in der Verkürzung der Arbeitszeit, bis zum nächsten internationalen Kongress müsse erwogen werden, was in bezug auf die Maifester geschehen solle.

Dr. Lensch: Ich will nur zur Frage der Budgetbewilligung reden. Und hier haben die Bayern an meinem Freund Staubinger nicht gerade einen guten Anwalt gefunden. (Zustimmung.) Er jammerte zunächst darüber, daß man bei der Erregung hineingeschrieben habe. Es berührt immer eigentümlich, wenn man bei Debatten, wo es sich um so wichtige Parteifragen handelt, wie die Frage der Budgetbewilligung ist, die schon zwei Parteitage beschäftigt, nichts Besseres zu tun weiß, als den Ton auf den „Ton“ zu legen, und über zu große Grobheit zu klagen. Wer wichtige Dinge zu vertreten hat, der hat auch das Recht, grob zu werden, wenn er sieht, wie diese Dinge

wahr, das alles hat er dir erzählt? — Wieviel Jahre bekam Peter doch? — fragte er weiter.

„Vierundzwanzig.“

„Vierundzwanzig, und erst drei vorüber. Noch einundzwanzig Jahre, Tag für Tag in der Karre mit ner Kugel am Bein. Das würde uns nicht behagen. Was, Meister? Aber da ist nichts zu machen. Und das müssen wir doch sagen, Meister. Verdient hat der ehrliche Peter seine vierundzwanzig Jahre redlich. Wohin soll's führen, wenn man sich nicht mehr auf eine Unterschrift verlassen kann? Das empfinden wir Geschäftsleute am ersten. Nicht wahr, Meister?“

Der Alte stöhnte.

„Schweig, Jochen!“

„Weshalb soll ich schweigen? Was bist du komisch! Das, was Peter getan hat und was er zu verbüßen hat, das geht uns beide doch nichts an.“

„Bitte, lieber Jochen, hör an. Ich beschwöre dich bei deiner Seligkeit, ich beschwöre dich bei meiner Patrie!“

„Wenn du die Patrie anrufst, dann muß ich freilich still sein.“

„Wir kommen morgen, du sollst nicht umsonst warten.“

„Garber war ganz zerknirscht.“

„Das ist mir angenehm zu hören. Ihr sollt mir sehr willkommen sein. Dann ist ja alles gut. Und nun sei kein Narr, Schwiegervater, und sieh auf! Wir fahren zusammen ins Dorf.“

„Zieh mich allein, Jochen! Ich bitte dich, ich stehe dich an.“

„Zieh mich nicht, ich kann nicht.“

„Komischer Kaug! Dein Will! Geschehe!“

Er nahm die Peitsche aus dem Futteral und lockerte die Zügel.

„Ja, alter Fuchs,“ redete er zum Pferd hinüber, „wir fahren allein weiter. Unser Schwiegervater kann heute noch nicht. Aber morgen kann er. Kommi!“

So rollte Jochen rasch davon.

(Fortsetzung folgt)